



# #dieschmidt

der newsletter

29.05.2020

**Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,**

die Corona-Pandemie wirkt wie eine Lupe – sie schärft den Blick für das, was gut ist und das, was besser werden muss. Gut ist: Unser Sozialstaat. Er bildet ein Netz, mit dem wir viele Menschen vor einem allzu starken Absturz schützen konnten. Wir haben das Netz auf Bundesebene zu Beginn der Corona-Pandemie schnell und unkompliziert verstärkt: Zum Beispiel mit verbessertem Kurzarbeitergeld, dem Notfall-Kinderzuschlag, Kündigungsschutz für Mieterinnen und Mieter, Ausgleichszahlungen für betreuende Eltern oder Soforthilfeprogrammen für Unternehmen, Soloselbstständige und Kleinstunternehmen. Das waren erste Maßnahmen, um finanzielle Brücken in eine Zeit nach der Pandemie zu bauen. Wir müssen jetzt die Weichen richtig stellen, damit wir alle in eine gute Zukunft blicken können. Ein wichtiger Schritt ist ein Konjunkturprogramm, das Familien unterstützt und unsere Wirtschaft auf gesunde Beine stellt. Wir investieren in saubere und bezahlbare Energie, flächendeckendes schnelles Internet, in klimafreundliche Mobilität und in die Innovationsstärke unserer Wirtschaft. Wir brauchen starke Nachfrageimpulse im Inland und Unterstützung der Kommunen bei ihren Zukunftsaufgaben. Wir brauchen europäische und internationale Lösungen für eine nachhaltige globale Ökonomie. Mit dem geplanten Konjunkturpaket werden wir gezielt diese Investitionen für ein modernes und nachhaltiges Land verstärken.

Im März haben wir sichergestellt: Wer aufgrund fehlender Kinderbetreuung nicht arbeiten kann, erhält für einen Zeitraum von maximal sechs Wochen eine Entschädigungszahlung. Da Schulen und Kitas nur langsam in einen neuen Regelbetrieb einsteigen, brauchen berufstätige Eltern weiterhin unsere finanzielle Unterstützung. Deswegen haben wir die Bezugsdauer ausgeweitet: Bei Paaren soll jeder Elternteil insgesamt einen zehnwöchigen (statt bisher sechs Wochen) Anspruch auf die Leistung erhalten. Alleinerziehende können die Lohnfortzahlung für den Zeitraum von 20 Wochen beantragen. Damit geben wir Eltern finanzielle Sicherheit für die kommenden Wochen. Es ist aber auch klar: Eltern brauchen verlässliche Lösungen und Antworten auf die Fragen der Kinderbetreuung. Die hessische Landesregierung darf die hessischen Kommunen und die Eltern nicht im Stich lassen. Ich schließe mich Lisa Gnadl, MdL (sozialpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion) : „Die Familien haben – wie alle Menschen in Hessen – Anspruch auf eine Landesregierung, die bereit ist, Verantwortung in dieser schwierigen Zeit zu übernehmen, die Entscheidungsstärke demonstriert, die vorangeht und Wege aufzeigt und die eine offene Kommunikation mit den Betroffenen pflegt.“ ([s. hier](#)). Für die SPD ist klar: Wir lassen kein Kind zurück. Die Corona-Pandemie hat vielen Kindern und Jugendlichen das Leben besonders schwer gemacht. Viele von ihnen haben seit Wochen keinen Kontakt zu Gleichaltrigen, sie sind stärker von den Einschränkungen des öffentlichen Lebens betroffen als viele Erwachsene. Jetzt gilt es sie wieder abzuholen und mitzunehmen. Wir wollen die Kommunen unterstützen, damit sie vor Ort bessere Möglichkeiten haben. Und wir setzen uns in einem ersten Schritt für einen Kinderbonus von 300 Euro pro Kind ein. Langfristig fordern wir eine sozialdemokratische Kindergrundsicherung ([mehr dazu in meiner Pressemitteilung](#)).

Ich verlose diese Woche zum 8. Mal drei Gutscheine aus der Region: Diesmal für ein Spiel des Bundesligisten im Rollstuhlbasketball [RSV Lahn-Dill](#). Es bleibt wie gehabt: Wer jemandem eine besondere Freude bereiten möchte, kann den Namen dieser Person bis Sonntag 20.00 unter das Video (hier geht es zum Video von dieser Woche auf [Facebook](#) oder [Instagram](#)) posten. Anfang nächster Woche startet die nächste Verlosungsrunde. Ich freue mich auf eine rege Teilnahme und wie immer in den sozialen Medien gilt: Es darf gerne geteilt und geliked werden.

Ich wünsche Dir und Deiner Familie / Ihnen und Ihrer Familie ein schönes, entspanntes und sonniges langes Wochenende.

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt, MdB

## Für unsere Kommunen



Hohe Steuerausfälle, steigende Sozialausgaben: Städte und Gemeinden haben schwer mit den Folgen der Corona-Pandemie zu kämpfen. Gleichzeitig müssen sie die von Bund und Ländern beschlossenen Maßnahmen vor Ort umsetzen. Und sie sind Dreh- und Angelpunkt für einen guten Weg aus der Krise: Sie müssen die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen, alleinlebender älterer Menschen oder Menschen mit Beeinträchtigungen sicherstellen. Sie müssen Schülerinnen und Schüler dabei unterstützen, den durch die coronabedingte Lernpause verpassten Lernstoff aufzuholen. Dafür trägt die Hessische Landesregierung die Verantwortung und darf sich hier nicht aus der Verantwortung ziehen. Sie muss unsere Kommunen bei der Bewältigung dieser wichtigen Aufgaben unterstützen. Das bedeutet auch finanzielle Unterstützung. Deswegen setzt sich Bundesfinanzminister Olaf Scholz in der Bundesregierung für einen gemeinsamen Solidarpakt von Bund und Ländern für unsere Kommunen ein. Wir müssen sicherstellen, dass unsere Städte und Gemeinden auch weiterhin handlungsfähig sind. Deswegen wollen wir, dass Bund und Länder gemeinsam die krisenbedingten Einnahmeausfälle bei der Gewerbesteuer ausgleichen und einmalig die am stärksten belasteten Kommunen von ihren Altschulden entlasten. Sie sind eine unüberwindbare Investitionsbremse, weil jeder Sparerfolg in die Verkleinerung des Schuldenberges gesteckt werden muss, anstatt für Kitas und Straßen, Busse und Bahnen oder Kultur- und Sporteinrichtungen eingesetzt zu werden. Diese Schulden sind keine Schuld der betroffenen Kommunen, sondern Folge des Strukturwandels oder besonderer anderer Herausforderungen und damit geringer Finanzkraft und hoher Sozialausgaben. Diese Altschulden hälftig auf Bund und Länder zu übertragen, ist nicht nur ein Gebot der Fairness, sondern auch der ökonomischen Vernunft.

## Für europäische Solidarität



Einige europäische Länder wurden sehr viel heftiger von der Krise getroffen als wir. Die EU hat bereits Finanzhilfen als Kredite auf den Weg gebracht, nun haben sich die Mitgliedstaaten auch auf ein Programm zur Unterstützung der Arbeitsmärkte geeinigt. Ihnen soll geholfen werden, mit Kurzarbeit oder vergleichbaren Instrumenten die negativen wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie abzufedern. Damit die Europäische Kommission Kredite aufnehmen kann und diese mit günstigen Konditionen an Mitgliedsstaaten weitergeben kann, die damit ihren Arbeitsmarkt stabilisieren, Arbeitsplätze sichern und Erwerbstätige schützen können, hat der Bundestag heute das SURE-Gewährleistungsgesetz beraten. Es regelt in welchem Rahmen Mitgliedsstaaten – entsprechend dem Anteil am Bruttonationaleinkommen der Union – Garantien für dieses Instrument abgeben. Das SURE-Programm ist ein wichtiges Instrument, um die Zukunftsfähigkeit Europas sicherzustellen – und die gibt es für uns alle nur als Gemeinschaft. Das gilt auch für Deutschland. Denn ohne Europa haben wir zwischen China und den USA weder ökonomisch noch in Bezug auf unsere freie und soziale Gesellschaft eine Chance.

## Für jüdische Soldatinnen und Soldaten



Während im Ersten Weltkrieg rund 100.000 jüdische Soldaten für Deutschland kämpften, wurden sie im Nationalsozialismus verfolgt und ermordet. Es ist verständlich, dass viele Menschen jüdischen Glaubens nach dem Zweiten Weltkrieg und der Gründung der Bundeswehr nicht in einer deutschen Armee dienen wollten. Sie wurden zurecht auch vom ehemaligen Wehrdienst befreit. Es ist gut, dass es mittlerweile wieder mehr jüdische Soldatinnen und Soldaten gibt und somit auch das jüdische Leben in Deutschland in der Bundeswehr abgebildet wird. Deswegen wird es auch Zeit, dass sie bei ihrer Arbeit wieder von Militärrabbinern begleitet werden. Es ist gut, dass der Bundestag gestern – genau 100 Jahre nach der Abschaffung der jüdischen Militärseelsorge – beschlossen hat die bestehende evangelische und katholische Militärseelsorge um eine jüdische zu erweitern. Dies ist ein wichtiger Schritt, um die religiöse und kulturelle Vielfalt in unserer Gesellschaft auch in der Bundeswehr abzubilden.

## Für eine europäische Strafverfolgung



Organisierte kriminelle Banden erbeuten jedes Jahr Milliardenhöhen durch die Umgehung nationaler und europäischer Vorschriften. Bislang können nur nationale Behörden solche Straftaten untersuchen und strafrechtlich verfolgen. Die Zuständigkeit endet an der Landesgrenze und die Mittel zur Bekämpfung grenzüberschreitenden Finanzbetrugs sind begrenzt. Deswegen ist es wichtig, dass im November 2017 die Grundlage für die Europäische Staatsanwaltschaft (EUSTa) geschaffen. Mit der Einrichtung der EUSTa gehen wir einen wichtigen Schritt bei der Bekämpfung von Straftaten, die den EU-Haushalt schädigen. Mit Sitz in Luxemburg wird sie Ende 2020 ihre Arbeit als zentrale Behörde außerhalb der bestehenden EU-Einrichtungen in allen EU-Mitgliedsstaaten tätig werden. Sie ist unabhängig, wird im Interesse der EU handeln und nicht von EU- oder nationalen Behörden abhängig sein. Das ist ein wichtiger Schritt auch zur Schaffung eines europäischen Rechtsraums. Der Bundestag hat gestern mit breiter Mehrheit Durchführungsbestimmungen verabschiedet, die es der EUSTa ermöglichen werden, ihre Arbeit zu machen.